













# Merkelburger Korrespondenz

## Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme des Sonntags und Festtags. — Bezugspreis: In Merseburg: monatlich für Arbeiter 4.80 RM, für Haus 5.— RM; durch unser Postamt 5.20 RM. Post frei. Durch die Post kommen 6 RM einfall. Bestell- u. Bezugsgeb. Einzelnummern 25 Pf.

Anzeigenpreis: Für den sechsbogenlangen Zehnerzettelraum 80 Pf., im Reklameteil 1 RM, für Colliengänge u. Anzeigenblätter und andere Anzeigen, Placardzettel eine Zeilenbreite. Schluss der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags. Postfachnummer: Leipzig 39070. Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 346.

Städt. Amtsblatt für den Kreis Merseburg

Städt. Amtsblatt der Stadt Merseburg

„Der Chronik von Merseburg“

Nr. 17

Freitag den 21. Januar 1921

47. Jahrg.

### Die Erhebung der Feuerungszuschläge und die Gemeinden.

Von Oberbürgermeister Dr. Ritz, M. d. R.

Die Interessen der Gemeinden werden von dem gegenwärtig im Reichstag zur Verhandlung stehenden Gesetze über die Erhebung der Feuerungszuschläge an die Beamten ganz wesentlich berührt. Bekanntlich soll nach diesem Gesetze der zurzeit für alle Erzfässer gleiche Prozentsatz des Feuerungszuschlages erhöht werden und zwar nach einer Staffel, die in Erzfässer A mit 70 v. H. beginnt und in Erzfässer F mit 55 v. H. aufhört. Es ist selbstverständlich, daß diese Erhebung der Feuerungszuschläge für die Reichsbeamten dieselbe Maßnahme für die Beamten der Länder und Gemeinden zur Folge haben muß, zumal der Reichstag selbst bei Verabschiedung des vorgenannten Spruchgesetzes am 17. Dezember 1920 verlangt hat, daß die Gemeinden die Befolgung ihrer demnach geltenden Bestimmungen und Lieferer so zu regeln haben, daß sie grundsätzlich mit den Landeslieferungsbedingungen übereinstimmen. Die Mittel, die durch Erhebung der Feuerungszuschläge im Reich bedingt werden, betragen sich auf rund 34 Milliarden. Die gleiche Summe würde etwa in den Ländern und Gemeinden benötigt werden. Zur Deckung dieses Bedarfs müßte sich das Reich entschließen müssen, unangenehm belästigende Steuern zu erheben und neue Steuern oder Gebühren einzuführen. Soweit sich bisher überlegen läßt, wird eine Erhebung der Post- und Eisenbahntarife nicht zu umgehen sein, auch mag eine Fortsetzung des Zinsfußes, der anderen Zuschüsse und der Vorkasse erforderlich werden. Durch folgende finanzielle Heranziehung dieser Mittel wird es zweifellos gelingen, die dem Reich entstehenden Mehrerlöse zu decken.

Schwieriger liegen die Verhältnisse für die Länder und die Gemeinden. Ihre Finanzverhältnisse sind ihnen im wesentlichen durch das Reich genommen und sie sind fähig zu einem erheblichen Teile kaum noch in der Lage, ihren Haushaltsplan im Wirtschaftsjahr zu halten. Die jetzige Erhebung der Feuerungszuschläge trifft deswegen Länder und Gemeinden schwerer, sie haben einfach keine Möglichkeit, sich durch Erhebung neuer Steuererlöse zu decken zu vermag. Bei dieser Sachlage ist ein anderer Ausweg gegeben, als der, daß das Reich aus den ihm beschlagnahmten Steuerquellen an die Länder und Gemeinden zur Deckung der jetzt entstehenden Mehrerlöse spendet. Die Reichsregierung ist bisher zur bereit, den Ländern, nicht aber auch den Gemeinden die Mittelstellen zu erhalten, die ihnen aus einer Erhebung der Feuerungszuschläge erwachsen. Sie will die Verpflichtung hierzu zwar nicht gänzlich ablehnen, aber sie will das entsprechende Mittel in den Haushaltsplänen einbringen. Aber die Form wird nicht gelassen werden können, unbedingte oder wenigstens werden müssen, daß es auch die von den Gemeinden entstehenden Mittelstellen von dem Reich übernommen werden. Die Finanzlage der Gemeinden ist durchgängig viel schwieriger als die der Länder, und es würde eine geradezu verheerende Wirkung ausüben, wenn das Reich hier seine Hilfe verweigern wollte. Nur zwei Möglichkeiten sind in diesem Falle denkbar, die beide gleich verhängnisvoll sein würden. Entweder: Die Gemeinden müßten sich demnach Deckung verlangen, ihren Beamten die gleichen Feuerungszuschläge zu gewähren, wie sie die Staatsbeamten erhalten — dann wird eine unangenehme Veränderung der Gemeindebeamten in ganz Deutschland die naturgemäße Folge sein. Oder: Die Gemeinden entschließen sich eine Feuerungszuschläge zur Deckung dieser Feuerungszuschläge — dann führt diese Finanzverpflichtung für den größten Teil der deutschen Gemeinden zum vollkommenen Zusammenbruch. Die Lage ist für die Gemeinden und für die Gemeindebeamten so ernst, daß man von Seiten der Regierung und Reichstag unbedingt erwarten muß, noch im letzten Augenblicke helfen einzusetzen.

### Deutschland und die Entente.

#### Die Verhandlungen über die Wiedergutmachung.

Verhandlung beim deutschen Botschafter über das fünfjährige Jubiläum.

Berlin, 20. Jan. Am 18. Januar, abends, hat mit mir eröfnet, der französische Ministerpräsident Briand den deutschen Botschafter in Paris, Herrn Dr. Weiser, eingehend und mit ihm die Frage der Wiedergutmachung Frankreichs zu Deutschland und die Frage der „Wiedergutmachung“ behandelt. Der Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, Deutschland habe bisher immer bereitwillig gehalten, daß seine Gesamtanleihe vollständig werden müßte. Diese Methode hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des gesamten Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Einigung gelangen könnte. Wenn man eine Einigung nur für etwa 5 Jahre treffen, so ist dies insofern richtig, als das deutsche Volk dann noch immer kein Ende absehen und fürchten würde, so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeitet. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich dem Wunsch der Entente, die Wiedergutmachung unter gewissen Voraussetzungen, die in Brüssel zur Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems sich anzuheben und für eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Möglichkeit nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einseitig die Anleiherentungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe (5 Milliarden Goldmark) im Voraus zu leisten und anders als in natura zu zahlen. Ministerpräsident Briand hat darauf seiner Zustimmung Ausdruck gegeben, daß man in der Reparationsfrage bald zu einer Verständigung gelangen werde.

#### Die Vorschläge der Alliierten.

Paris, 20. Jan. Fernzitat teilt in einem Artikel im „Echo de Paris“ mit, daß die Alliierten Vorschläge der Alliierten am 18. Januar in der Reparationsfrage ihre Wünsche dem Deutschen Reich mitgeteilt haben. Sie raten darin, von Deutschland fünf Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark zu verlangen, die teils in bar, teils in natura begolgt werden sollen. Die Befolgung der deutschen

### Verlegung der Verhandlungen von Brüssel nach Paris?

Berlin, 21. Jan. Die „Dien“-Agentur führt, geht die Ansicht der Berliner Ententebevollmächtigten dahin, daß gegenwärtig in Paris stattfindenden Verhandlungen die Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen bilden, und daß solange noch in der belgischen Hauptstadt diplomatische Konferenzen eines nur rein formalen Charakters seien würden. Aus Paris eingehende Nachrichten besagen, daß in Paris mehr und mehr eine feste Stimmung sich bilden sei, welche Paris an Stelle von Brüssel als Ort der Verhandlungen über die Reparationsfragen zu wählen.

### Wohn der Einkommensteuer.

Berlin, 21. Jan. Der Reichsfinanzminister trägt sich, wie die „Zentrums-Parlamentarier“ überflüssig hört, um der Entente die Einkommen, namentlich der niedrigeren Einkommen der Arbeiter, Beamten- und Anstellungsverhältnisse zu tragen, mit dem Plan eines zeitweiligen Abbaus der Einkommensteuer. Einzelheiten über die Absichten der Regierung können zurzeit noch nicht mitgeteilt werden.

### Die Wahrheit über die Verhandlungen Bergmanns in Paris.

Paris, 21. Jan. (WPA) Staatssekretär Bergmann erklärt, die Meldung des „Echo de Paris“, er sei mit Jahreszahlungen in Höhe von zwei Milliarden Mark einverstanden, treffe nicht zu. — Weiter liegt uns folgende halbamtliche Auslegung vom WPA vor: „In einem Artikel des „Echo de Paris“, der irrtümliche Angaben über Deutschlands Stellung zur Reparationsfrage enthält, erfahren wir, daß eine Meldung über die Verhandlungen des Staatssekretärs Bergmann in Paris bisher an Berliner amtlichen Stellen nicht vorliegt. Die Bemerkung, daß eine Vereinbarung über die Zahlung von 5 Milliarden unter Vorbehalt vom Friedensvertrag der Zustimmung Deutschlands bedürftig ist, richtig. Wenn in der Berliner Meldung angeführt wird, daß Herr Bergmann außer den in dem „Echo de Paris“ aufgeführten Voraussetzungen für die Verhandlungen noch weitere Forderungen gestellt hat, so sind damit vermutlich die bereits in Brüssel erörterten und der Öffentlichkeit bekannten Forderungen Deutschlands über gleichberechtigte Behandlung Deutschlands auf dem Sandegebiet und über Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums im Ausland gemeint. Außerdem ist als selbstverständliche Voraussetzung für unsere Zahlungen das Verbleiben der überschüssigen Mittel Deutschlands vorgesehen. Die Mitteilung, daß Herr Bergmann sich mit einer Zahlung von 2 Milliarden einverstanden erklärt habe, beruht offenbar auf einem Mißverständnis, da die Vereinbarung über die Summe erst erfolgen kann, sobald über die als Voraussetzung für die Verhandlungen geforderten Zusatzbedingungen Einigkeit erzielt ist.“

### Wiederum Regierungsjubiläum.

London, 21. Jan. (WPA) Die Times werden aus Teheran den Satz des verstorbenen Kabinetts.

Satz bis zum 1. Mai 1921 findet nicht statt. Die Deutschen sollen gewisse Konzessionen erhalten, so sollen ihnen die 300 000 Tonnen Sandelschiffraum, die sie den Alliierten noch schulden, erlassen werden. Ob die Kosten der Dispositionen, die nicht mehr als 240 Millionen Goldmark betragen würden, in die Jahreszahlungen verrechnet werden, steht noch nicht fest. Für der Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, sind Sanktionen vorgesehen. Die Aufnahme der Hilfe, die die Alliierten zur Verfügung stellen, wird als ein Beispiel des Selbstverleugers, Herr Bergmann habe hervorgerufen, daß, wenn die deutsche Schuld nicht erduldet bis zum 1. Mai festgestellt ist, man in Widerspruch mit dem Friedensvertrag von Versailles komme. Diese Abänderung des Friedensvertrages müßte die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten.

Über die Verhandlungen mit Bergmann teilt Fernzitat nach mit, daß diese am Dienstag erfolgt sei, so daß die Zahl der

### Untersuchungskommission für die Berliner Wasserleitung.

Berlin, 21. Jan. (ZL) In der Mitteilung des „Vorwärts“ in der Angelegenheit der Berliner Wasserleitung wird amtlich mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt eine Untersuchungskommission eingesetzt worden ist, die aus einem Oberrevisionsrat aus dem Reichsjustizministerium, einem Direktor der Reichsgerichtsbauverwaltung und einem Direktor des Reichsanzeigeramtes für Deutschland besteht.

### Parteiübernahme in Danzig.

Danzig, 21. Jan. (WPA) Die Deutsche demokratische Partei und die freie wirtschaftliche Bewegung im Freistaat Danzig haben sich zu einer neuen Partei zusammengeschlossen, die den Namen „Deutsche Partei für Freiheit und Wirtschaft“ trägt. Die neue Partei will in erster Linie eintreten für die Gestaltung der deutschen Kultur in Danzig und für den Aufbau der wirtschaftlichen Lage im Freistaat.

### Deutsche Entschädigungsforderung an Finnland.

Stockholm, 21. Jan. (WPA) Wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, hat nach einer finnischen Meldung Deutschland für die militärische Hilfe während des finnischen Aufstandes 1918 die Summe von 50 Millionen Reichsmark als Entschädigung verlangt. 50 Millionen sind bereits früher von der finnischen Regierung an Deutschland gezahlt worden.

### Die Kuruben in Island.

London, 21. Jan. (WPA) In Cort sind einer Steuererhebung zufolge von den Alliierten als offizielle Vergütung für die Befreiung von Jafen, Sosen, Genski, Korvonen, Murattasjer, gebrachten Zwiebeln und Zelle ohne Genehmigung frei.

### Belgien gibt die Ausfuhr völlig frei.

Brüssel, 21. Jan. (WPA) Eine ministerielle Erklärung gibt die Befreiung von Jafen, Sosen, Genski, Korvonen, Murattasjer, gebrachten Zwiebeln und Zelle ohne Genehmigung frei.

### Die spanische Regierung gegen den Beamtentreib.

Madrid, 21. Jan. (WPA) In einer fast heftigen Kammerdebatte gegen die Ministerpräsidenten eine Erklärung über den Beamtentreib, der der es ist: Sehr viele Beamte sind in Spanien haben von einem finanziellen Beschluß der Regierung sich in ihrer Abreise verweigert, Gerechtigkeit verlangt und zur Durchführung ihrer Forderung den Streit erklärt. Die Regierung will nicht abgeben, ihre Staatsbeamten in dieser Weise ihre Posten verlassen. Sie will vor allen Dingen die Disziplin aufrecht erhalten und bietet die Kammer, die in dieser Hinsicht ein Besondereinstehen zu geben, insbesondere das Recht der Beamten, die Forderung zu stellen, sobald die Zahlung wieder hergestellt ist. Die Kammer billigt die vom Senat der Regierung mit 154 Stimmen gegen 4 Stimmen, während sich der Rest der Abgeordneten der Zustimmung enthält.

verantwortlich sind, ist abzulehnen. Es geht um die Abstimmungsfrage, daß die Mitglieder dieser parlamentarischen Ausschüsse, die die Gruppen der beiden Parteien sind, in besonders hohem Maße mit Wort und Tat und jeder mit der Tat angegriffen werden. Es ist aber klar, daß diese Mitglieder von besonders anstrengenden Charakter sein müssen, wenn die Abstimmung des Gutachten an ihnen selbst soll, daß die Abstimmung in voller Ordnung durchgeführt wird. Das kann selbstverständlich nicht der Fall sein, wenn die Mitglieder solcher Ausschüsse selbst als Mitglieder von Abstimmungen angesehen werden, so werden im Januar durch die Abstimmungsgegenstände in Verbindung mit dem Parteialte in dem dem polnischen Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses, Adam Baran, ein großes Aufsehen erregt. Es wurden 175 Beamten, nach dem Willen mit dem Parlament, sowie Abgeordneten im Senat von den Beamten beschuldigt.

### Die unheilvollen Folgen der anarchoischen Zustände in Belgien.

Aus Berlin wird berichtet: Am oberirdischen Reiter erobert die Dezemberproduktion 2 688 698 Tonnen gegen 3 763 504 Tonnen in 1913 bei gleichzeitiger Steigerung der Produktionsmenge um 36,7 Prozent von 188 164 auf 188 300. Trotz dieser außerordentlichen Vermehrung der Produktionsmenge und trotz erheblicher Betriebsverbesserungen ist die Produktion gegenüber der 1913 um 2,8 Prozent zurückgefallen. Der Grund muß nach nicht geringen Teil in den politischen Verhältnissen gesucht werden. Die allgemeine Unruhe in Oberbelgien hat einen starken nach zu überlebenden Grad erreicht. Die verfahrenstechnischen Elemente beschäftigen sich nicht mehr auf einzelne Details, Maschinenfälle usw., sondern betätigen sich in aller Öffentlichkeit in einer Weise, die sich auf die allgemeine Lage der öffentlichen Angelegenheiten auswirkt. Bei der völligen Abwesenheit der Justizfunktionäre kommt die öffentliche Meinung in den Vordergrund, und die neue Verhältnisse werden benutzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die öffentliche Meinung wird durch die öffentliche Meinung zu beeinflussen, insbesondere unterstützt durch die öffentliche Meinung zur Vermehrung der Arbeitslosenverhältnisse. Die Arbeitslosenverhältnisse nehmen die höchsten Dezemberwerte weiterhin durchaus unzureichend, Es fehlten 88 389 von 220 840 angeforderten Wagen.

### Politischer Überblick.

#### Preisnachteile und Lohnrückgang in England und Amerika.

Der „New York Times“ wird gemeldet: In Amerika sind in vielen Industrien die Löhne schon bedeutend herabgesetzt worden. In der Textilindustrie z. B. um 25 Prozent. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind bedeutend herabgesetzt worden. In den Vereinigten Staaten sind über 2 Millionen arbeitslos. In England fallen die Preise für den Schienenverkehr ebenfalls. Die Eisenbahnen werden die Löhne dem Herabsetzen gemäß alle vier Monate revidiert und den Kosten des Lebens unterworfen. Auch in verschiedenen englischen Industrien haben sich die Arbeiter auf eine Herabsetzung der Löhne einverstanden erklärt. In Belgien sind die Löhne für die Eisen- und Metallindustrie werden über die Lohnrückgang Verhandlungen geführt.



Färbung der farblichen Ausschüsse, die für die Durchführung der Abstimmungen